

Medienkonferenz «Kostenfalle Bürokratie: Wo die Schweiz handeln muss»

## Sie kostet und lähmt: Bürokratie in der Landwirtschaft

*Referat von Nationalrat Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband (es gilt das gesprochene Wort)*

Erinnern Sie sich an die Bauernproteste im Jahr 2024? Neben kostendeckenden Preisen war es insbesondere die zunehmende Bürokratie, welche die Bäuerinnen und Bauern auf die Strasse trieb. Der administrative Aufwand in der Schweizer Landwirtschaft ist riesig und er wächst weiter. Laut einer Studie der Agrarforschung Schweiz von 2022 betragen die Verwaltungskosten der Landwirtschaftsbetriebe rund 136 Millionen Franken pro Jahr, was 5.4 % des Direktzahlungsbudgets entspricht (Quelle [Agroscope](#)). Das Bürokratieproblem im Agrarsektor spiegelt sich auf verschiedenen Ebenen wider:

- **Regulierungsdichte, Verwaltungs- und Kontrollaufwand:** In der Landwirtschaft werden laufend neue Regulierungen eingeführt. Das System hat inzwischen einen Detaillierungsgrad erreicht, der kaum mehr tragbar ist. [Avenir Suisse](#) zählte 4000 Seiten mit Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien. Jede dieser Vorschriften muss umgesetzt und kontrolliert werden. Es gibt heute für einen gemischten Betrieb 3500 Kontrollpunkte. Für eine normale Grundkontrolle müssen die Betriebsleitenden dem Kontrolleur zwischen 6 und 10 Ordner mit Unterlagen und Aufzeichnungen vorlegen. Ein Aufwand, der zusätzliche Kosten verursacht und den letztlich die Steuerzahlenden tragen. Die Landwirtschaftsbetriebe sind Kleinunternehmen mit durchschnittlich 1.4 Standardarbeitskräften, bei denen die Familienarbeitskräfte grossmehrheitlich die Arbeit erledigen. Die zunehmend komplexen Vorgaben lähmen diese. Zur Veranschaulichung: Seit 2005 ist die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe in der Schweiz um über ein Viertel zurückgegangen. Im selben Zeitraum wurde der Personalbestand beim Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) jedoch um 1,8 % ausgebaut. Trotz fortschreitender Digitalisierung braucht es heute mehr Personal, um deutlich weniger Betriebe zu «administrieren».
- **Fehlender Handlungsspielraum für zukunftsfähige Entwicklungen:** Die zunehmende Überregulierung schränkt den Spielraum der Betriebe ein, die sich nachhaltig und zukunftsfähig entwickeln wollen. Der bauliche Pflanzenschutz etwa birgt nachweislich grosses Potenzial. Strenge Auflagen und Bewilligungspflichten behindern jedoch vielerorts den Bau von Gewächshäusern oder Folientunneln. Die vielen kantonalen und kommunalen Landschaftsschutzzonen erschweren die Entwicklung zusätzlich.
- **Unnötig komplexe Umsetzung von parlamentarischen Aufträgen:** Anliegen aus dem Parlament müssen von der Verwaltung umgesetzt werden, so funktioniert unser Staatssystem. Dabei stellen wir fest, dass sich diese bei der Interpretation dieser Aufträge teilweise weit zum Fenster rauslehnt und die Anliegen mit zusätzlichen Elementen aufbläst und/oder unnötig kompliziert umgesetzt. Ein Beispiel dafür ist der Absenkepfad für Pflanzenschutzmittel und Nährstoffverluste. Für die beschlossene Mitteilungspflichten für Pflanzenschutzmittel und Nährstoffe kamen aus der Verwaltung aufwändige Umsetzungsvorschläge, die zudem weit über den ursprünglichen parlamentarischen Auftrag hinausgingen.

Der Bundesrat hat glücklicherweise erkannt, dass es so nicht mehr weiter gehen kann. Guy Parmelin verabschiedete im September einen Aktionsplan zur Reduktion der Anzahl Kontrollen. Das ist ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung, weitere müssen folgen. Aktuell werden in der Landwirtschaftspolitik mit der AP 2030 die Weichen für die Zukunft gestellt. Ein grosses Anliegen der Bauernbetriebe ist der Abbau der überbordenden Bürokratie mit immer neuen Vorgaben. Es braucht einen grundlegenden Kurswechsel, der uns wegbringt von 1001 Detailvorschriften. Eigenverantwortung und unternehmerischer Spielraum sind gefragt. Die Zielerreichung soll entscheidend sein.

Der aufgeblähte Bürokratieapparat ist mehrfach negativ: Die immer zahlreicheren Auflagen erschweren den Bauernfamilien die tägliche Arbeit. Sie rauben wertvolle Zeit, die dann im eigentlichen Kerngeschäft fehlen. Die stetig wachsende Verwaltung führt zu erheblichen Kosten, die das Bundesbudget zusätzlich belasten. Das führt zu einem höheren Spardruck – insbesondere bei den schwach gebundenen Ausgaben wie jenen für die Landwirtschaft. Von einem Abbau der Bürokratie profitieren deshalb alle: Die Bauernfamilien, die Verwaltung und nicht zuletzt auch die Steuerzahlenden.